

Anlage 11c

Vereinbarung Erstaussstattung elektronisches Beantragungs- und Genehmigungsverfahren

zwischen der KZBV und dem GKV-Spitzenverband

In der Fassung vom 07.11.2022, Datum des Inkrafttretens: 08.11.2022

Zuletzt geändert am 19.02.2024, mit Wirkung ab dem 01.01.2024

Präambel

¹In Ausgestaltung der Vereinbarung zur Finanzierung der Erstaussattung für die Implementierung der Anwendung „Elektronisches Beantragungs- und Genehmigungsverfahren“ nach § 87 Abs. 1 Satz 8 SGB V legen die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) und der GKV-Spitzenverband in der nachfolgenden Vereinbarung Erstaussattung elektronisches Beantragungs- und Genehmigungsverfahren das Vorgehen zur einmaligen und anteiligen Finanzierung der Erstaussattung der Zahnarztpraxen mit den Modulen für das elektronische Beantragungs- und Genehmigungsverfahren (EBZ) durch die gesetzliche Krankenversicherung fest. ²Zuschussfähig sind dabei die Kosten, die den Zahnarztpraxen und Einrichtungen im Zusammenhang mit der Anschaffung und Nutzung der in § 2 benannten EBZ-Module entstehen. ³Die daraus resultierenden Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung dürfen insgesamt einen Betrag von einmalig 25 Mio. Euro nicht überschreiten.

§ 1

Zuschussfähige Kosten

¹Für die Anschaffung und Nutzung der EBZ-Module im Zusammenhang mit dem erforderlichen Praxisverwaltungssystem erhalten anspruchsberechtigte Zahnarztpraxen und Einrichtungen auf Antrag bei der zuständigen Kassenzahnärztlichen Vereinigung einmalig eine festgelegte Pauschale gem. § 2 für benötigte Module der Leistungsbereiche ZE, KFO, PAR und KG/KB. ²Anspruchsberechtigt sind Zahnarztpraxen und Einrichtungen, die bis spätestens zum 31.12.2022 die von ihnen benötigten Module gem. § 3 Abs. 1 gegenüber ihrer Kassenzahnärztlichen Vereinigung gemeldet haben und zu diesem Stichtag an der vertragszahnärztlichen Versorgung der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung teilnehmen. ³Die Pauschale wird nur gezahlt, wenn das für die Nutzung der EBZ-Module erforderliche Praxisverwaltungssystem das Eignungsfeststellungsverfahren der KZBV gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 und 4 i. V. m. § 16 der Anlage 15 zum BMV-Z durchlaufen hat. ⁴Die jeweilige Pauschale kann je Praxis bzw. Einrichtung und benötigten Leistungsbereichs nur einmal beansprucht werden; maßgebend ist insoweit die Abrechnungsnummer. ⁵Ändert sich die Abrechnungsnummer aufgrund von Änderungen der Gesellschaftsform, der personellen Zusammensetzung oder der Anschrift der Praxis, ist dies nicht als eine andere anspruchsberechtigte Praxis oder Nachzüglerpraxis im Sinne dieser Vereinbarung anzusehen und eine weitere oder erneute Auszahlung der Pauschalen ist ausgeschlossen; der Anspruch auf weitere Pauschalen ist auch ausgeschlossen, wenn sich aufgrund personeller Veränderungen oder aus sonstigen Gründen das Leistungsspektrum der Praxis verändert und nach Ablauf der Meldefrist gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 weitere benötigte Module angezeigt werden.

§ 2

Höhe der Pauschale je EBZ-Modul

¹Unter Berücksichtigung des einmalig zur Verfügung stehenden Höchstbetrags, der Anzahl der Praxen mit Abrechnungen in den Leistungsbereichen ZE, KFO, PAR und KG/KB, einer Gewichtung der Modulkosten für die einzelnen Leistungsbereiche sowie mit Blick auf die Regelung des § 4 werden dem Grunde nach die folgenden Pauschalen je EBZ-Modul vereinbart:

BEMA-Teil	Pauschale in €*
ZE	417,00
KFO	348,00
PAR	185,00
KG/KB	92,00

²§ 3 Abs. 4 und § 4 Abs. 1 Satz 1 sind zu beachten.

§ 3

Ablaufplan

- (1) ¹Jede Kassenzahnärztliche Vereinigung informiert die Zahnarztpraxen und Einrichtungen über das grundsätzliche Bestehen eines Anspruchs auf die einmalige Zahlung einer Pauschale für jedes in das PVS integrierte EBZ-Modul für die Anwendung des elektronischen Beantragungs- und Genehmigungsverfahrens im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. ²Die Zahnarztpraxen und Einrichtungen teilen ihrer zuständigen Kassenzahnärztlichen Vereinigung spätestens bis zum 31.12.2022 unter Verwendung des Meldebogens gem. Anhang 1 die benötigten EBZ-Module mit.
- (2) ¹Jede Kassenzahnärztliche Vereinigung übermittelt für ihren Bereich bis zum 31.01.2023 eine Gesamtrechnung in elektronischer Form über die geforderte Bezuschussung von EBZ-Modulen unter Angabe der Gesamtzahl der Zahnarztpraxen und Einrichtungen, der Anzahl der im KZV-Bereich je Leistungsbereich benötigten EBZ-Module und des Gesamtrechnungsbetrags über die KZBV an den GKV-Spitzenverband unter Verwendung des Musters gemäß Anhang 2. ²Die Kassenzahnärztliche Vereinigung hat die Möglichkeit, eventuell erforderliche Korrekturen innerhalb von 10 Tagen nachzureichen. ³Nach Eingang der Gesamtrechnungen von allen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen übermittelt die KZBV diese spätestens bis zum 15.02.2023 an den GKV-Spitzenverband.
- (3) Der GKV-Spitzenverband überweist den Rechnungsbetrag nach Maßgabe von Abs. 4 an die jeweilige Kassenzahnärztliche Vereinigung nach vollständigem Eingang der von den Krankenkassen erhobenen Umlage, spätestens bis zum 31.03.2023.
- (4) ¹Bei der Verteilung des von den Krankenkassen zur Verfügung zu stellenden Gesamtbetrags von 25 Mio. Euro an die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen wird ein Teilbetrag für Nachzüglerpraxen (§ 4) i. H. v. 369.956* Euro einbehalten. ²Überschreiten oder unterschreiten die Rechnungsbeträge aller Kassenzahnärztlichen Vereinigungen insgesamt den Betrag von 24.630.044* Mio. Euro, werden die in § 2 genannten Pauschalen sowie die von den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen übermittelten Rechnungsbeträge entsprechend anteilig angepasst und die Pauschalen in einer Nachtragsvereinbarung zwischen GKV-Spitzenverband und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung neu festgelegt.

* s. Nachtragsvereinbarung gem. § 3 Abs. 4 Satz 2 Anlage 11c BMV-Z (40. Änderungsvereinbarung zum BMV-Z)

- (5) ¹Die Auszahlung durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung an die Zahnarztpraxen und Einrichtungen erfolgt möglichst im Zuge der zeitlich auf die Erstattung des GKV-Spitzenverbands an die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen folgenden Abrechnung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung gegenüber den Zahnarztpraxen und Einrichtungen. ²Die übrigen Auszahlungsmodalitäten bestimmt die jeweilige Kassenzahnärztliche Vereinigung in eigener Zuständigkeit.

§ 4 Nachzügler

- (1) ¹Aus dem einbehaltenen Betrag von 369.956* Euro nach § 3 Abs. 4 Satz 1 erhalten Nachzüglerpraxen einmalig eine Pauschale für jedes in das PVS integrierte EBZ-Modul in Höhe der nach den §§ 2 und 3 Abs. 4 Satz 2 für Bestandspraxen ermittelten Pauschalen. ²Nachzüglerpraxen im Sinne dieser Vereinbarung sind nach dem 31.12.2022 und spätestens bis zum 31.12.2023 erstmalig neu in die Versorgung eintretende vertragszahnärztliche Praxen und Einrichtungen, die im Rahmen der Meldungen nach § 3 Abs. 1 noch nicht berücksichtigt werden konnten. ³Überschreiten die Rechnungsbeträge aller Kassenzahnärztlichen Vereinigungen für Nachzüglerpraxen insgesamt den Betrag von 369.956* Euro, werden die Pauschalen nach Satz 1 sowie die von den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen übermittelten Rechnungsbeträge entsprechend anteilig angepasst und die Pauschalen für Nachzüglerpraxen in einer Nachtragsvereinbarung zwischen GKV-Spitzenverband und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung neu festgelegt.
- (2) ¹Jede Kassenzahnärztliche Vereinigung übermittelt für ihren Bereich bis zum 15.01.2024 eine Gesamtrechnung unter Angabe der Gesamtzahl der Zahnarztpraxen und Einrichtungen, der Anzahl der Nachzüglerpraxen, die Anzahl der im KZV-Bereich je Leistungsbereich benötigten EBZ-Module und des Gesamtrechnungsbetrags über die KZBV an den GKV-Spitzenverband unter Verwendung des Musters gemäß Anhang 3. ²Die Kassenzahnärztliche Vereinigung hat die Möglichkeit, eventuell erforderliche Korrekturen innerhalb von 10 Tagen nachzureichen. ³Nach Eingang der Gesamtrechnungen von allen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen übermittelt die KZBV diese spätestens bis zum 31.01.2024 an den GKV-Spitzenverband.
- (3) Der GKV-Spitzenverband überweist den Rechnungsbetrag nach Maßgabe von Abs. 1 an die jeweilige Kassenzahnärztliche Vereinigung nach vollständigem Eingang der von den Krankenkassen erhobenen Umlage, spätestens bis zum 15.03.2024.
- (4) ¹Die Auszahlung durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung an die Zahnarztpraxen und Einrichtungen erfolgt möglichst im Zuge der zeitlich auf die Erstattung des GKV-Spitzenverbands an die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen folgenden Abrechnung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung gegenüber der Zahnarztpraxen und Einrichtungen. ²Die übrigen Auszahlungsmodalitäten bestimmt die jeweilige Kassenzahnärztliche Vereinigung in eigener Zuständigkeit.

* s. Nachtragsvereinbarung gem. § 3 Abs. 4 Satz 2 Anlage 11c BMV-Z (40. Änderungsvereinbarung zum BMV-Z)

Anhang 1

Meldebogen
über die benötigten Antragsmodule für die Anwendung
„Elektronisches Beantragungs- und Genehmigungsverfahren“
(EBZ)

gemäß § 87 Abs. 1 Satz 8 ff. SGB V

- Rückmeldung bis spätestens 31.12.2022 an [...] -

Name der Zahnarztpraxis*/der Zahnärztin/des Zahnarztes:

Abrechnungsnummer:

KIM-Mail-Adresse der Zahnarztpraxis (z. B. praxismueller@praxis.kim.telematik):

Hiermit erkläre ich, dass ich für einen pflichtgemäßen Gebrauch des EBZ folgende Antragsmodule für mein Praxisverwaltungssystem benötige:

- Bitte ankreuzen -

- BEMA-Teil 5 (Zahnersatz)
- BEMA-Teil 3 (Kieferorthopädie)
- BEMA-Teil 4 (Parodontologie**)
- BEMA-Teil 2 (Kiefergelenkserkrankungen/Kieferbruch)
- Keine (Begründung angeben)

Mir ist bekannt, dass ein Versäumen der genannten Rückmeldefrist den Verlust etwaiger Ansprüche auf Zuschüsse zur Finanzierung der oben genannten PVS-Module zur Folge hat.

Datum: _____

Unterschrift: _____

**Offizielle Bezeichnung der Praxis, die im Rahmen der Abrechnung verwendet wird. Angabe könnte durch Anmeldung im Portal ersetzt werden.*

***Noch bis voraussichtlich zum 31.12.2022 im Testverfahren, was ggf. Einfluss auf die Bestellbarkeit haben könnte.*

Anhang 2

Gesamtrechnung über die Finanzierung von EBZ-Modulen

(Bestandspraxen i. S. v. § 3 für den Leistungszeitraum 2022)

Name und Anschrift der Kassenzahnärztlichen Vereinigung:

Name der Bank:

IBAN:

Verwendungszweck: „Abrechnung Zuschuss EBZ-Module 2022“

Zahlungsziel: 31.03.2023

Anzahl der insgesamt an der vertragszahnärztlichen Versorgung teilnehmenden Praxen und Einrichtungen im KZV-Bereich*: _____

Anzahl der vertragszahnärztlichen Praxen und Einrichtungen im KZV-Bereich, die gegenüber der KZV eine Meldung über benötigte Module abgegeben haben: _____

	Module	Betrag in €	Anzahl	Gesamtbetrag in €
1.	ZE	417,00		
2.	KFO	348,00		
3.	PAR	185,00		
4.	KBR	92,00		
Gesamtsumme				

Alle angegebenen Daten und Beträge sind als endgültig zu betrachten und für die verbindliche Weitergabe an den GKV-Spitzenverband bestimmt.

Ort, Datum:

Unterschrift:

* Maßgebend ist die Vergabe einer eigenständigen Abrechnungsnummer

Anhang 3

Gesamtrechnung über die Finanzierung von EBZ-Modulen

(Nachzüglerpraxen i. S. v. § 4 für den Leistungszeitraum 2023)

Name und Anschrift der Kassenzahnärztlichen Vereinigung:

Name der Bank:

IBAN:

Verwendungszweck: „Abrechnung Zuschuss EBZ-Module Nachzügler 2023“

Zahlungsziel: 15.03.2024

Anzahl der insgesamt an der vertragszahnärztlichen Versorgung teilnehmenden Praxen und Einrichtungen im KZV-Bereich*: _____

Anzahl der Nachzüglerpraxen im KZV-Bereich: _____

Anzahl der Nachzüglerpraxen im KZV-Bereich, die gegenüber der KZV eine Meldung über benötigte Module abgegeben haben: _____

	Module	Betrag in € (gem. § 4)	Anzahl	Gesamtbetrag in €
1.	ZE	281,60		
2.	KFO	235,01		
3.	PAR	124,93		
4.	KBR	62,13		
Gesamtsumme				

Alle angegebenen Daten und Beträge sind als endgültig zu betrachten und für die verbindliche Weitergabe an den GKV-Spitzenverband bestimmt.

Ort, Datum:

Unterschrift:

* Maßgebend ist die Vergabe einer eigenständigen Abrechnungsnummer